Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6 — Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend — Postscheckkonto Dresden 2640

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich Mk., durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt monatlich Mk., auf dem Lande Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises.

Inseratenpreis Mk. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Reklamen, die 2spaltige Korpuszeile Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2gespaltene Korpuszeile Mk. Nachweisungs-Gebühr 50 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geriet.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 86 — Dienstag den 11. April 1922. — 81. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Auf Grund einer Besprechung der Landwirtschaft mit dem neuen Ernährungsminister wurde eine Kommission eingesetzt zur Untersuchung der Brotversorgungsfrage.

* Der Reichstag, der sich in die Osterferien begeben hat, soll spätestens am 2. Mai seine Arbeiten wieder beginnen.

* Im Deutschen Beamtenbund wurde nach erregten Diskussionen eine Einigung erzielt, die eine gemeinsame Weiterarbeit der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner mit den anderen Gruppen des Bundes ermöglicht.

* Poincaré und Lloyd George hatten bei der Durchreise Lloyd Georges durch Paris eine einstündige Unterredung über Genua.

* Der Papst richtete ein Handschreiben an den Erzbischof von Genua, in dem er seine Wünsche für die Konferenz zum Ausdruck bringt.

Kohlennot.

Jüngst hat der Reichskohlenrat über die deutsche Kohlennot beraten. Die Lage wird in allernächster Zeit dadurch eine Verschärfung erfahren, daß der größte Teil des oberschlesischen Kohlengebietes den Polen zufällt. Es ist zum mindesten sehr zweifelhaft, ob die Polen ihrer Verpflichtung, die Kohlen in bisheriger Weise und in bisherigen Mengen über die deutsche Grenze zu lassen, nachkommen werden.

Eine weitere Quelle ernster Sorgen sind die weitgehenden Ansprüche, besonders Frankreichs, in bezug auf die von uns zu liefernden Kohlenqualitäten. Von Monat zu Monat haben sich die Koksforderungen erhöht. Im Juni 1921 brauchten wir nur 214 000 Tonnen Koks zu liefern, im Januar 1922 dagegen 640 000 Tonnen. Dadurch wird der westdeutschen Eisenindustrie der wichtigste Hilfsstoff entzogen. Die Reparationskommission besitzt das Recht, die freie deutsche Kohlenausfuhr zu verbieten. Auf ein deutsches Gesuch, die Reparationskommission möchte auf dies Recht verzichten, ist eine abschlägige Antwort erfolgt. Nur für die wenigen Monate, für welche Lieferungsvereinbarungen über die Kohlenqualitäten vorliegen, soll Deutschland das Recht des freien Exportes haben. Damit werden wir außerstande gesetzt, eins der wichtigsten Austauschgüter zu verwenden, um uns die nötigen Nahrungsmittel und Rohstoffe aus dem Ausland zu verschaffen. Allerdings müßte hierfür die deutsche Kohlenerzeugung noch ganz erheblich gesteigert werden. Der Nutzeffekt der bergmännischen Arbeit hat sich im Jahre 1921 gegenüber dem Vorjahre etwas gebessert. Eine um 4,7 Prozent stärkere Belegschaft im Ruhrgebiet hat 6,9 Prozent mehr Ausbeute erzielt als im Vorjahre. Soweit die Eisenbahn dem Abtransport der Kohlen schon bei der heutigen Produktion nicht voll gerecht zu werden vermag, sind die Einwände gegen die vorgeschlagene Überarbeit verständlich. Gelingt es aber, die Verkehrsschwierigkeiten zu beseitigen, so wird die Frage der Mehrerzeugung dringend. Es ist ein unleidlicher Zustand, daß die Kohleneinfuhren in den letzten Monaten eine erhebliche Steigerung erfahren haben. Im Oktober und November 1921 wurden zusammen 115 000 Tonnen ausländischer Kohle eingeführt, in den Monaten Januar und Februar 1922 volle 500 000 Tonnen. Das bedeutet eine gefährliche Erschwerung der Einfuhr lebensnotwendiger Auslandsprodukte.

Grundsätzlich ist darauf aufmerksam zu machen, daß die Deutschland im Versailler Vertrag und im Abkommen von Spa auferlegte Verpflichtung zur Kohlenlieferung als Ersatz für die Kohlenmengen anzusehen ist, welche die Verbündeten in ihren eigenen Kohlengebieten weniger fördern. Das gilt insbesondere für Frankreich und Belgien. Die Verpflichtung zur Kohlenlieferung ist deshalb auch rechtlich begrenzt. Aus dieser rechtlichen Begrenzung läßt sich ableiten, daß auch der Umfang der Lieferung sich nach dem tatsächlichen Ausfall richten muß. So hat Belgien die während des Krieges zum Teil zerstörten Kohlenbergwerke vollständig wieder in Betrieb gesetzt, so daß seine Kohlenförderung die der Vorkriegszeit wieder erreicht hat. Sie könnte sogar noch gesteigert werden, wenn nicht die deutsche Lieferungskohle den Absatz der belgischen Kohle behinderte. Nichtsdestoweniger läßt sich Belgien weiter mit deutscher Kohle beliefern. Die Kohlenausbeute Belgiens betrug in der Vorkriegszeit jährlich rund 23 Millionen Tonnen. Im Jahre 1921 wurden bereits wieder 21 Millionen Tonnen gefördert, während 1922 voraussichtlich eine weitere Erhöhung eintreten wird. Bestimmend hierfür sind nicht technische Schwierigkeiten, sondern die allgemeine Marklage. Heute erzeugt Belgien seinen Koks mit deutscher Zwangskohle, soweit nicht im Rahmen des Kohlenabkommens unmittelbar deutscher Koks geliefert wird. Nicht viel anders liegen die Dinge für Frankreich. Von Monat zu Monat steigert sich die Ausbeute der Gruben in der Kriegszone. Sie hat 35 Prozent der Vorkriegszeit überschritten, so daß auch Frankreich gegenüber eine Ermäßigung der Kohlentribute erfolgen müßte. Davon will es aber nichts wissen, besteht vielmehr hartnäckig auf seinem Schein, weil es so die deutsche Zwangskohle zu Schleuderpreisen erhält und seiner Schwerindustrie die Möglichkeit verschafft, auf den Auslandsmärkten die Preise anderer Völker zu unterbieten.

Von diesen erweislichen Tatsachen nimmt die letzte Note des Wiederherstellungsausschusses in dieser Angelegenheit keine Notiz. Der Ausschuß möchte mit allen Mitteln seine Befugnis zu wahren suchen, zu jeder Zeit wieder in die deutsche Kohlenwirtschaft einzugreifen. Nun ist es wieder erweisliche Tatsache, daß die Kohlenlage in Deutschland außerordentlich ernst ist. Als die Regierung Fehrenbach-Simons das Abkommen von Spa unterzeichnete, setzte sie als sicher voraus, daß Oberschlesien beim Reiche verbleiben würde.

Die Steinkohlenausbeute Deutschlands erreichte 1921 rund 136 Millionen Tonnen; dabei ist die schlesische Förderung noch mit eingerechnet. Für 1922 steht uns also eine gleichgroße Menge nicht zur Verfügung, selbst dann nicht, wenn im Ruhrkohlengebiet die Überschichten wieder eingeführt werden. Wird das Abkommen von Spa nicht gelockert, so sind wir gezwungen, entweder die Industrie abzudrosseln, oder aber teure Auslandskohle einzuführen. Völlig unerträglich ist die Einmischung des Wiederherstellungsausschusses in Sachen der deutschen Kohlenausfuhr. Wenn die internationale Preisentwicklung weiter fortschreitet, werden wir nicht viel anderes als Kohlen ausführen können, da unsere Fertigerzeugnisse infolge der wachsenden Herstellungskosten nicht mehr auf den Auslandsmärkten in Wettbewerb zu treten vermögen. Ohne Ausfuhr erhalten wir keine Devisen, keine Möglichkeit, Barzahlungen zu leisten, aber auch nicht die Mittel, Rohstoffe und Nahrungsmittel einzuführen. W. W.

Die Arbeit in Genua beginnt.

Vorbesprechungen und Begrüßungsworte.

Die deutsche Delegation ist am Sonnabend gegen 2 Uhr nachmittags von Berlin im Sonderzug nach Genua abgefahren. Zur Verabschiedung war auch der italienische Botschafter Frassati anwesend, mit dem Reichsminister des Auswärtigen Dr. Rathenau auf dem Bahnsteig noch eine längere Besprechung hatte. Einem Journalisten sagte Dr. Rathenau zum Abschied: „Wir gehen mit dem ernsten Willen zu fruchtbarer Arbeit und mit guten Hoffnungen nach Genua. Aber ich möchte nicht, daß die Hoffnung im Lande zu weit gespannt werde. Denn auf zu weit gespannte Hoffnungen könnten leicht Rückschläge erfolgen." Der Reichskanzler Dr. Wirth, der Berlin am Abend vorher verließ und sich zunächst nach Freiburg begab, äußerte vor der Abreise u. a., er gehe nach Genua mit demselben Gefühl wie die meisten anderen Nationen, nämlich

mit reduzierten Erwartungen.

Trotzdem betrachten wir, sagte der Kanzler, Genua als einen weiteren Schritt nach vorwärts. Wenn man eine Währungsreform für Deutschland vorbereiten will, müssen auch die Ursachen des Währungselends beseitigt werden, und jede Anleihe verlangt eine Basis, die man aber nur dann findet, wenn das Reparationsproblem selbst eine wirtschaftlich tragbare Form erhält. Trotzdem ist Genua der erste Schritt zur Annäherung der europäischen Nationen.

Lloyd George und Poincaré haben auf der Durchreise Lloyd Georges durch Paris eine Stunde im Salonwagen des englischen Ministerpräsidenten miteinander beraten. Poincaré, der nicht selbst nach Genua gehen will, hat dafür allen Delegierten und Sachverständigen Frankreichs die genauesten Instruktionen erteilt und diese sogar im Ministerrat schriftlich festgelegt. Lloyd George soll nach der Zusammenkunft bei glänzender Stimmung gewesen sein und sich sehr optimistisch über Genua geäußert haben. Er hat als eigentlicher Vater des Gedankens von Genua am Montag

die Eröffnungsrede der Konferenz

zu halten, nachdem der italienische Außenminister Schanzer die Begrüßungsworte gesprochen hat. Die Rede soll die Basis der Beratungen bilden, das Arbeitsprogramm feststellen und die Ziele und Wege der Konferenz beschließen. Ihr genauer Inhalt wird in der Vorkonferenz der Alliierten festgelegt. Wie verlautet, will Lloyd George die Verminderung der Landrüstungen zu einem der Hauptpunkte seiner Genueser Politik machen. Die Regierungen der Kleinen Entente sind übereingekommen, in Genua einen Block zu bilden, um die Großmächte daran zu verhindern, ihre wirtschaftliche und finanzielle Unabhängigkeit anzutasten.

•

Wünsche und Hoffnungen.

Papst Pius XI. richtete an den Erzbischof von Genua ein Handschreiben anläßlich der „Konferenz von Siegern und Besiegten", der sich alle Hoffnungen der Völker zuwenden. Er hofft vertrauensvoll, daß die Abgesandten der Mächte die traurige Lage aller Völker mit der Neigung zu einigen Opfern auf dem Altare des allgemeinen Wohles betrachten möchten, was die erste Bedingung sei, um eine wirkliche Besserung herbeizuführen, und der erste Schritt zu der von der ganzen Welt so heiß ersehnten allgemeinen Befriedigung. Auch wenn man von der Konferenz nicht nur jede Erörterung der vorher geschlossenen Verträge, sondern auch der auferlegten Reparationen ausschließen wolle, so scheine dies nicht jeden späteren Meinungsaustausch zu hindern, der den Besiegten die schnelle Erfüllung ihrer Verpflichtungen erleichtern könnte, was schließlich auch zum Vorteil der Sieger dienen würde.

Der italienische Ministerpräsident de Facta äußerte vor seiner Abreise von Rom nach Genua, gerade die Verschiedenartigkeit der in der Konferenz zusammenkommenden Männer werde zum Erfolg der Konferenz beitragen. Schließlich hat auch der Bürgermeister von Genua einen hoffnungsvollen Aufruf an die Bevölkerung gerichtet, in dem unter anderem gesagt wird: „Unsere Stadt ist stolz darauf, als Sitz dieses neuen Kongresses auserwählt worden zu sein, wo zur Versöhnung bereit Verbündete, Neutrale, Feinde von gestern und alle die jungen Nationen zusammenkommen. Im Herzen eines jeden Italieners brennt der Wunsch, dies möchte endlich ein wahres Osterfest des Friedens werden."

Die Landwirte gegen die Getreideumlage.

Besprechung mit dem neuen Ernährungsminister.

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft fand unter Vorsitz des Reichsernährungsministers Fehr eine Konferenz mit Vertretern der Landwirtschaft statt, die von zahlreichen führenden landwirtschaftlichen Persönlichkeiten besucht war. Gegenstand der Verhandlungen war die Getreidebewirtschaftung im kommenden Wirtschaftsjahr. Der Minister erklärte, es werde sein Bestreben sein, diese und die übrigen wichtigen Fragen, die für die Erzeugung und Ernährung in Deutschland in Betracht kämen, in enger Fühlungnahme mit der Landwirtschaft zu regeln. Die Konferenz mit den Ernährungs- und Landwirtschaftsministern der Länder, die jüngst stattgefunden habe, habe sich auf den Standpunkt gestellt, daß im nächsten Erntejahr die

vollkommen freie Getreidebewirtschaftung nicht möglich

sei, und dieser Standpunkt stimme überein mit der Auffassung der Reichsregierung. Hinsichtlich der Getreidebewirtschaftung hoffe er, in eingehenden sachlichen Verhandlungen mit der Landwirtschaft zu einem ersprießlichen Ziele zu kommen. Hingegen glaube er nicht, daß man bei den Kartoffeln mit einer Umlage oder sonstigen öffentlichen Bewirtschaftungsform zum Ziele kommen werde, da hier weit größere technische Schwierigkeiten bestünden. Man werde an den Abschluß von Lieferverträgen und die direkte Verbindung von Produzentenorganisationen und Verbraucherorganisationen denken müssen. Der Vorsitzende des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft, Edler von Braun, antwortete darauf, die Landwirtschaft werde ihre Hilfe bei der Durchführung der Aufgabe dem Minister nicht versagen. Dann machte der Präsident der Reichsgetreidestelle darauf aufmerksam, daß die Zuschüsse des Reiches im kommenden Wirtschaftsjahr vollkommen wegfallen und eine Verteuerung des Brotes schon hierdurch eintreten werde. Durch eine gleichzeitige Beseitigung der Erfassung bestimmter Mengen zu Preisen, die unter dem Weltmarktpreise liegen, werde die Möglichkeit genommen, einen stabilen und erträglichen Preis zu schaffen. In der Aussprache betonten die meisten Redner, daß für die Landwirtschaft

eine Fortführung der Umlage unerträglich sei,

wobei insbesondere darauf verwiesen wurde, daß hier eine ganz einseitige Belastung eines Berufsstandes vorliege, die einer Sondersteuer gleichkomme. Von verschiedenen Seiten wurde angeregt, in dieser Richtung Verbesserungen herbeizuführen. Im ganzen ergab die Aussprache trotz des im allgemeinen ablehnenden Standpunktes der Landwirtschaft gegenüber der Umlage, daß die Vertreter bereit sind, in Einzelerörterungen einzutreten und Vorschläge zu prüfen, sowie an Maßnahmen zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung mit Brotgetreide mitzuarbeiten. Zu diesem Zweck wurde eine besondere Kommission eingesetzt, die bereits in der nächsten Woche zu einer weiteren Aussprache zusammentreten soll.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Schlußarbeiten des Reichstages.

In seiner letzten Sitzung vor den Osterferien lehnte der Reichstag die kommunistischen Anträge auf Streichung der Ausgaben für Polizei und Technische Nothilfe ab. Die Kosten für Kriegergräberfürsorge wurden bewilligt, ebenso der Rest des ordentlichen Etats des Innern und die einmaligen Ausgaben. Endlich wurde das Diätengesetz für die Abgeordneten in allen drei Lesungen angenommen, wodurch die Diäten auf monatlich 5000 Mark erhöht werden. Die nächste Sitzung soll nicht später als am 2. Mai stattfinden.

Nordamerika.

× **Der Weltgläubiger.** In Washington plant man für den Monat Juni eine allgemeine Konferenz zur Konsolidierung der Schulden der interessierten ausländischen Nationen. Da die Zahlungsfähigkeit der Schuldnerstaaten ungewiß sei, werde es notwendig werden, nach einem Abkommen mit Großbritannien vom Kongreß weitestgehende Vollmachten für die Regelung der Frage zu verlangen. Die Spitze dieser ganzen Aktion zielt selbstverständlich nicht gegen England, sondern gegen Paris und die französischen Rüstungen.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF